

## Europatag 2010: Europa stärken

**An welchem Punkt befindet sich Europa heute und wohin wird es in Zukunft gehen?** Der Vertrag von Lissabon bietet eine neue institutionelle Ordnung für die Führung der Europäischen Union. Aber wie schon oft stehen wir in der Geschichte der europäischen Integration vor der Entscheidung zwischen der Gemeinschaftsmethode und der Methode der Regierungszusammenarbeit. Ziel des Vertrags war es, die Europäische Union und die Gemeinschaftsmethode zu stärken. Aber schon im Moment der Einführung des Vertrags versuchen nicht wenige, die europäischen Institutionen zu schwächen. Von der Wahrung nationaler Interessen ist immer wieder die Rede.

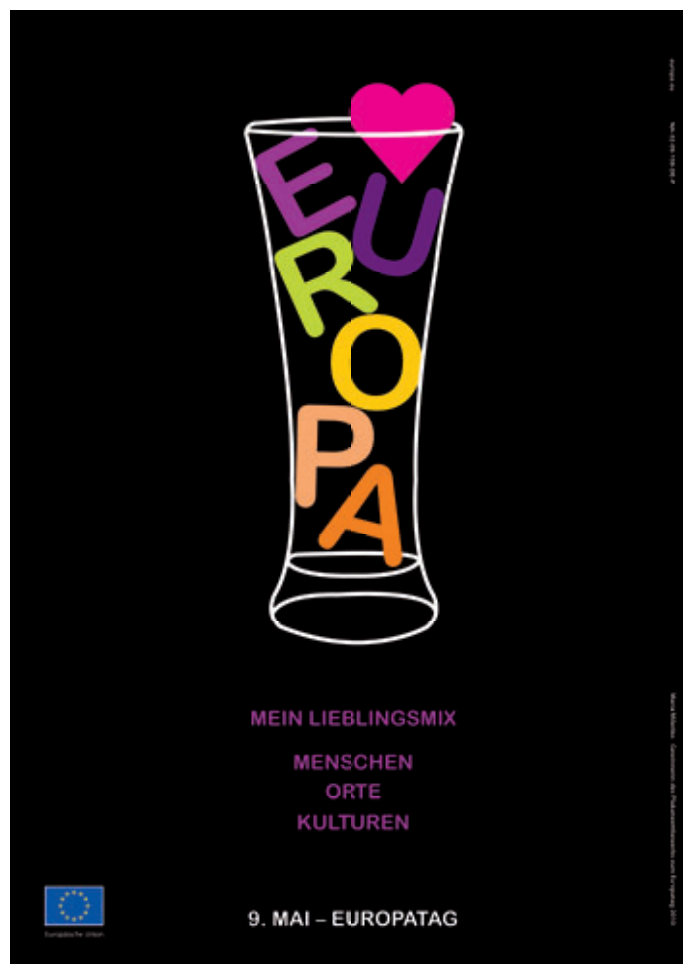
**Dazu der Präsident** des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek: Unsere Bürger und Politiker müssen sich über eines im Klaren sein: Wenn wir heute die Europäische Union schwächen, stärken wir damit nicht die Nationalstaaten, sondern wir schwächen sie. In der Welt der Globalisierung wird es keine starken europäischen Staaten geben, wenn es keine starke Europäische Union gibt! Denn es ist die globalisierte Welt, die die Nationalstaaten der EU schwächt.

**Jedes Jahr feiert die Europäische Union am 9. Mai den Europatag.** Dieser Tag erinnert an den 9. Mai 1950. Damals präsentierte der französische Außenminister Robert Schuman einen Plan für ein vereintes Europa. Er war davon überzeugt, dass die Vereinigung die unerlässliche Voraussetzung für die dauerhaft friedliche Beziehung zwischen den Ländern sei. Dieser Vorschlag – bekannt als „Schuman-Erklärung“ – ist Grundstein der heutigen Europäischen Union. Hinter Schumans Erklärung stand Jean Monnet, damals für wirtschaftliche Planung in Frankreich zuständig. Jean Monnet war zu der Überzeugung gelangt, dass es illusorisch wäre, mit einem Schlag ein fertiges institutionelles Gebäude schaffen zu wollen. Die Köpfe waren noch nicht so weit, dass man zur massiven Abtretung von Souveränitätsrechten bereit gewesen wäre. Um Erfolg zu haben, musste man die Ziele auf wichtige Bereiche beschränken und einen gemeinsamen Entscheidungsmechanismus einrichten, an den schrittweise immer neue Zuständigkeiten übertragen werden konnten.

**Daraus entstand die Europäische Union.** Sie ist auch heute noch nicht fertig, sondern weiter eine Baustelle. Wichtige Schritte zur Überwindung der damaligen Spaltung sind gesetzt, Frieden zur Selbstverständlichkeit geworden. Auf dem Balkan, wo Nationalismus noch Anlass für

kriegerische Auseinandersetzungen ist, bietet die EU eine Friedensperspektive. Heute stellt die Finanzkrise für Europa eine neue Bewährungsprobe dar. Und gerade hier wird mehr als deutlich: Ein starkes Europa ist gefragt!

Dazu wieder Jerzy Buzek: Der Vertrag von Lissabon hat neue Möglichkeiten geschaffen, unseren Bürgern zu dienen. Doch lässt sich nicht alles in Verträgen festschreiben. Der Raum zwischen den Zeilen muss mit dem Willen zum Handeln und zur Zusammenarbeit gefüllt werden. Dies ist die Lehre aus der Krise: Wir müssen Europa politisch und wirtschaftlich stärken. Diese Aufgabe wird uns niemand abnehmen!



## ■ Bürgerinitiative



Mit der Europäischen Bürgerinitiative können die Bürger erstmals direkt an der Gesetzgebung der EU

mitwirken. Eine Million Menschen aus einem Drittel der Mitgliedstaaten sollen die EU-Kommission auffordern können, neue politische Vorschläge vorzulegen. "Ich finde die Europäische Bürgerinitiative sehr aufregend, da sie eine völlig neue Form der partizipatorischen Demokratie in der EU einführen wird", sagte Maroš Šefčovič, Kommissionsvizepräsident und zuständig für Interinstitutionelle Beziehungen. „Dies ist ein echter Fortschritt im demokratischen Leben der Union und ein konkretes Beispiel dafür, wie Europa seinen Bürgern näher gebracht wird. Der Vorschlag dürfte eine lebhaft Diskussion darüber auslösen, was in Brüssel getan wird. Die Kommission wird die mit den Bürgerinitiativen eingereichten Anträge ernsthaft prüfen müssen.“

Die Mindestzahl der Unterschriften aus einem Land richtet sich nach der Zahl seiner Abgeordneten im Europäischen Parlament. Wenn Rat und das Parlament vor Ende dieses Jahres eine abschließende Übereinkunft über die Europäische Bürgerinitiative erzielen, können bereits 2011 erste Initiativen anlaufen. Die Bürgerinitiative ist eine der Neuerungen aus dem Lissabon-Vertrag, der die Entscheidungen auf europäischer Ebene noch demokratischer und transparenter macht.

## ■ Prioritäten für 2010



Die Europäische Kommission hat ihre strategischen Prioritäten für 2010 angenommen. Sie sind anders als zuvor auf mehrere Jahre angelegt. Ihr Hauptaugenmerk liegt auf der Bewältigung der Krise unter Wahrung sozialer marktwirtschaftlicher Aspekte. Ferner will sie verstärkt die Bürger in den Fokus ihrer Politik rücken und ihre außenpolitischen Ziele darunter den

Aktionsplan für Millenniums-Entwicklungsziele auf eine globale Reichweite ausrichten. Schließlich sollen die Arbeitsweise der Union und ihre Instrumente modernisiert werden.

Diese Prioritäten will die Kommission bis Ende 2010 erreichen. „Wir haben uns auf die Prioritäten für die nächsten Jahre verständigt. Nun ist es an der Zeit zu handeln. Weitermachen wie bisher ist ausgeschlossen. Das Arbeitsprogramm, das wir angenommen haben, ist eine ambitionierte, aber realistische Agenda für den Wandel. Ich hoffe, die Mitgliedstaaten und die anderen EU-Organe können diesen hohen Ansprüchen gerecht werden“, sagte dazu Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Bei dem Gesamtkonzept will die Kommission eng mit dem Europäischen Parlament, dem Rat und anderen politischen Akteuren zusammenarbeiten.

## ■ Wachstumserfolge durch EU



Millionen Europäer profitieren von EU-Investitionen für mehr Arbeitsplätze und Wachstum. Dies geht aus einem Bericht der Kommission über die Kohäsionsprogramme im Zeitraum 2007-2013 hervor. 93 Milliarden Euro flossen in den letzten drei Jahren in die Förderung von

Schienenverkehr, Energie- und Umweltprojekten und in soziale Bereiche. Um den Ländern zu helfen, die hinter den vereinbarten Zielen zurückliegen, hat die Kommission Vorauszahlungen für die Programme ermöglicht. Diese haben eine Finanzspritze von insgesamt 6,25 Milliarden Euro umfasst.

Die Studie bewertet erstmals, in welchem Maße die einzelnen Länder die vereinbarten EU-Ziele erreicht haben. Hierbei wird deutlich, dass in wichtigen Bereichen wie Forschung und Entwicklung, Innovation, lebenslanges Lernen und aktive Arbeitsmarktpolitik die gewünschten Erfolge nicht erzielt wurden. So müssen die Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen etwa auf Gebieten wie digitale Wirtschaft, soziale Integration und Umweltförderung verstärken. Rund 230 Milliarden Euro hat die EU für Investitionen in zentrale Bereiche der Agenda für Wachstum und Beschäftigung vorgesehen. Über drei Fonds – den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Kohäsionsfonds – investiert die EU von 2007 bis 2013 in den 27 Mitgliedstaaten 347 Mrd. EUR. Dies entspricht 35 % der gesamten EU-Haushaltsmittel im selben Zeitraum.



15 Jahre  
Österreich Mitglied in der EU



55 Jahre  
EFB / BEJ Steiermark



55 Jahre



60 Jahre  
Schuman-Erklärung



Steiermärkische  
**SPARKASSE**  
In jeder Beziehung zählen die Menschen.

## ■ Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

**Der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung gehört zu den wichtigsten Zielen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten. Als im März 2000 die Lissabon-Strategie gestartet wurde, haben sich die Staats- und Regierungschefs verpflichtet, die Beseitigung der Armut bis 2010 "entscheidend voranzubringen". Trotz der unternommenen Anstrengungen, lebt ein bedeutender Teil der europäischen Bevölkerung auch heute noch in Not und hat keinen Zugang zu Grunddienstleistungen wie der Gesundheitsfürsorge. Diese Situation steht im Widerspruch zu den der Europäischen Union gemeinsamen Werten der Solidarität und sozialen Gerechtigkeit.**

### Einige Zahlen

Unsere Systeme der sozialen Absicherung gehören zu den fortschrittlichsten der Welt, und trotzdem leben auch heute noch zu viele Europäer in Armut. Dieses Phänomen nimmt sehr komplexe Formen an, einige Zahlen sprechen jedoch eine klare Sprache:

. 79 Millionen Menschen leben unterhalb der Armutsgrenze (einer Schwelle, die bei 60 % des Durchschnittseinkommens des Landes angesetzt wird, in dem sie leben). Dies sind 16 % der europäischen Bevölkerung.

. Einer von zehn Europäern lebt heute in einem Haushalt, in dem niemand arbeitet. Aber auch Arbeit schützt nicht immer vor dem Risiko der Armut.

. Für 8 % der Europäer genügt eine Arbeitsstelle nicht, um der Armut zu entkommen.

. In den meisten Mitgliedstaaten sind Kinder mehr noch als Erwachsene der Gefahr der Armut ausgesetzt. 19 % aller Kinder sind von Armut bedroht, also etwa 19 Millionen.

### Wozu dieses Europäische Jahr 2010?

Armut und Ausgrenzung beeinträchtigen nicht nur das Wohlergehen dieser Menschen und ihrer Fähigkeit zur Teilnahme

am gesellschaftlichen Leben. Schaden nimmt auch die wirtschaftliche Entwicklung. Die Union will ein weiteres Mal die Bedeutung der kollektiven Verantwortung im Kampf gegen die Armut hervorheben, was nicht nur Entscheidungsträger sondern alle Beteiligten aus dem öffentlichen und privaten Bereich in die Pflicht nimmt. Das Europäische Jahr soll vor allem diejenigen zu Wort kommen lassen, die Armut und Ausgrenzung am eigenen Leib erfahren.

Seit 1983 initiiert Europa in jedem Jahr eine große Sensibilisierungsaktion unter dem Namen "Europäisches Jahr", das die europäischen Bürger informieren und den Dialog mit ihnen knüpfen soll, auch um die Mentalitäten und Verhaltensweisen weiter zu entwickeln. Diese Jahre sind überdies Gelegenheiten dafür, die Aufmerksamkeit der nationalen Regierungen neue gesellschaftliche Themen zu lenken. So geschehen im Jahr 2008 für den multikulturellen Dialog, 2007 für die Chancengleichheit und 2006 für die Mobilität der Arbeitnehmer.



### Die Ziele

Vier Ziele stehen im Mittelpunkt dieses Europäischen Jahres:

**Anerkennung:** Die Anerkennung des Grundrechts der in Armut und sozialer Ausgrenzung lebenden Menschen auf ein Leben in Würde und die aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.

**Gemeinsame Verantwortung und Teilnahme:** Die Stärkung der Akzeptanz der Politik der sozialen Eingliederung durch die Menschen durch die Hervorhebung der gemeinschaftlichen und individuellen Verantwortung im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung und die Förde-

rung des Engagements aller öffentlichen und privaten Akteure.

**Kohäsion:** Die Förderung eines stärkeren Zusammenhalts in der Gesellschaft und der Überzeugung Aller, dass die Vorteile eines Lebens in einer Gesellschaft ohne Armut unbestreitbar sind.

**Engagement und konkretes Handeln:** Eine Erneuerung des Engagements der EU und ihrer Mitgliedstaaten für den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung und die Einbindung aller Entscheidungsebenen.

### Die Funktionsweise

Dezentralisierung und Koordination sind die Grundprinzipien des Europäischen Jahres 2010. Angeboten werden die verschiedensten Aktivitäten: Informationskampagnen, neuartige Initiativen, kreative Solidaritätsaktionen, Begegnungen, Debatten und Konferenzen, oder beispielsweise die Organisation von Wettbewerben, die gelungene Projekte und Erfahrungen in Verbindung mit dem Thema des Jahres bekannt machen. Die Teilnahme der Zivilgesellschaft und die Einbindung aller Beteiligten sind von entscheidender Bedeutung. Bei der Gestaltung und Organisation des Europäischen Jahres werden die verschiedenartigsten Teilnehmer mitwirken, darunter Organisationen aus der Zivilgesellschaft und Vereinigungen, die die Interessen in Armut lebender Menschen vertreten, Sozialpartner sowie lokale und regionale Behörden. Auf den nationalen Ebenen wird ein Programm entwickelt, das die auf europäischer Ebene gemeinsam erarbeiteten Orientierungen an die nationalen Besonderheiten und Erfordernisse anpasst. **Weitere Informationen:**

[www.2010againstopoverty.eu](http://www.2010againstopoverty.eu)

Europäische Kommission



bm:uk

**VOLKSBANK**  
SÜD-OSTSTEIERMARK

## ■ Erfolgreiche Jahre für Wirtschaft und Menschen



Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union im Jahr 1995 war ein Meilenstein in der Geschichte Österreichs und zweifellos eine große Herausforderung auch für die österreichische Wirtschaft, in Summe überwiegen jedoch klar die Vorteile. Österreich wurde internationaler und hat im globalen Wettbewerb gewonnen.

Die 15 Jahre in der EU waren für Österreich ein klarer Gewinn -

und zwar für die Betriebe und die Menschen. Gemäß einer WIFO-Untersuchung haben alle Integrationsschritte seit 1989 - von der Ostöffnung über den EU-Beitritt und den Euro bis zur EU-Erweiterung - Österreich einen jährlichen Bonus von +0,9% beim realen BIP und jährlich zusätzlichen 19.000 Arbeitsplätzen gebracht. Den größten Anteil hatte dabei der Beitritt zur EU im Jahr 1995.

Österreich wurde internationaler, bisher verkrustete Strukturen wurden durch den Wettbewerbsdruck aufgebrochen, Liberalisierung und Privatisierung wurden beschleunigt. Die EU wirkte quasi als Wettbewerbs- und Innovationsmotor. Auch im Vergleich mit der Schweiz hat sich Österreich hinsichtlich Wirtschaftswachstum, Direktinvestitionen und Exportentwicklung in den vergangenen 15 Jahren wesentlich besser entwickelt.

### Außenhandel profitierte ganz besonders

Der wichtigste Effekt für die heimische Wirtschaft war der gleichberechtigte Zugang zum Binnenmarkt. Weder das 1972 abgeschlossene Freihandelsabkommen noch der Europäische Wirtschaftsraum konnten die für die Wirtschaft wichtigste Freiheit des Binnenmarktes – die Freiheit des Warenverkehrs – vollständig herstellen. Vom Wegfall der Zollkontrollen, der Ursprungszeugnissen und der Wartezeiten an den Grenzen profitierte der Außenhandel ganz besonders. Im Jahr 2008 exportierte Österreich Waren im Wert von 84,89 Mrd. Euro in die anderen EU-Mitgliedstaaten. In der EU der 27 Staaten erspart sich die österreichische Wirtschaft aufgrund des gestiegenen Warenhandels und der EU-Erweiterung bereits zwischen 1,7 und 4,2 Mrd. Euro. Dabei sind noch nicht einmal jene entgangenen Aufträge berücksichtigt, die aufgrund dieser Kostennachteile gar nicht zustande gekommen wären.

Trotz eines Einbruchs im Jahre 2009 – bedingt durch die Wirtschaftskrise – verdoppelten sich Importe und Exporte seit der EU-Mitgliedschaft. Insbesondere die positive Handelsbilanz mit Mittel- und Osteuropa – 2007 und 2008 jeweils 6 Mrd. € Überschuss - führte dazu, dass die österreichische Handelsbilanz nahezu ausgeglichen war und

2002 und 2007 sogar einen Überschuss auswies. Nicht zuletzt durch das starke Exportwachstum in die osteuropäischen neuen Mitgliedstaaten konnte bereits 2006 die 100 Mrd. Euro-Schallmauer der weltweiten Gesamtexporte durchbrochen werden.

### Österreich als Investitionsstandort

Österreich gewann auch als Investitionsstandort – die ausländischen Direktinvestitionen in Österreich stiegen von durchschnittlich 1,3 Mrd. Euro vor dem EU-Beitritt auf mittlerweile durchschnittlich 6 Mrd. Euro pro Jahr. Als Folge der Wirtschaftskrise ging zwar die Ansiedlung von internationalen Unternehmen im Vorjahr zurück, durch eine Ansiedlungsoffensive werden bereits Maßnahmen getroffen um diesen Trend wieder umzukehren. Aber auch die heimische Wirtschaft investierte kräftig im Ausland - vor allem in Mittel- und Osteuropa – von durchschnittlich 1,1 Mrd. Euro vor dem EU-Beitritt auf mittlerweile fast 7 Mrd. Euro jährlich.

Forschungsausgaben: Österreich im EU-Spitzenfeld

Bei den EU-Forschungsprogrammen erhöhte Österreich seine Beteiligungen von 2,3% auf mittlerweile 2,6%, der Anteil der von österreichischen Teilnehmern koordinierten Projekte konnte sogar von 1,7% auf 3,5% verdoppelt werden. Im Verhältnis zum Anteil, den Österreich zum Forschungsrahmenprogramm leistet, liegen die Rückflüsse mittlerweile bei rund 115%. Nicht zuletzt aufgrund dieser Tatsache liegt Österreich mit Forschungsausgaben von 2,56% des BIP im EU-Spitzenfeld.

### Arbeitsproduktivität verbessert

Seit der EU-Mitgliedschaft verbesserte sich Österreich im EU-Ranking der Arbeitsproduktivität entscheidend. Dies ist nicht nur auf so gut wie keine Produktionsausfälle durch Streiks zurückzuführen (1995–2001 gingen lediglich sieben Arbeitstage je 1000 Arbeitnehmer verloren – kein anderes EU-Land verzeichnete einen vergleichbar hohen sozialen Frieden), sondern auch auf eine starke Verbesserung bei den Arbeitskosten. Auch in der Periode 2000 -2010 liegt Österreich im Spitzenfeld: die durchschnittliche Lohnstückkostensteigerung liegt nach Prognosen in Österreich bei +1,4%, und im EU-Durchschnitt bei +2,1%.

### EU-Kommunikation verbessern

Diese 15 Jahre waren 15 gute Jahre für unser Land. Das gilt gerade auch angesichts der wirtschaftlichen Verwerfungen, mit denen Österreich im Zuge der Weltwirtschaftskrise konfrontiert ist. Die EU und der Euro fungierten als wichtiger Schutzschirm, ohne den wir in dieser schwierigen Zeit noch viel schlechter dastünden. Nicht zuletzt aus diesem Grund ist die Zustimmung der Österreicherinnen und Österreicher zur EU wieder sukzessive gestiegen.

 **Bank Austria**  
UniCredit Group

Filiale  
Hauptplatz 4 / Bürgergasse 19  
A - 8330 Feldbach  
Tel.: 05 05 05-29530



### Daten und Fakten

Gerade im Hinblick auf die Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern besteht jedoch nach wie vor Handlungsbedarf. Die Daten und Fakten in Sachen EU liegen auf dem Tisch. Jetzt müssen sie den Menschen noch stärker vermittelt werden. Die Wirtschaftskammer leistet dazu ihren Beitrag etwa mit Aktionen wie dem Europaschirm, der bei diversen Gemeindeveranstaltungen wie Kirtagen, Feuerwehrfesten, Sportevents stationiert wird und bei dem sich interessierte Bürger Informationen holen und mit Experten ins Gespräch kommen können.

### Ausblick

Österreich als kleines außenhandelsorientiertes Land wird auch in Zukunft von der Einbindung in den erweiterten EU-Binnenmarkt profitieren. Nur als EU-Mitglied können wir auch mitbestimmen und unsere Zukunft mitgestalten. Nun muss Europa seine Kräfte bündeln, um die Flammen der Wirtschaftskrise und ausufernder Defizite zu löschen. Dazu gehört auch eine viel engere wirtschaftspolitische Abstimmung der EU und vor allem der Euro-Länder.

*Wirtschaftskammerpräsident Dr. Christoph Leitl  
Ehrenpräsident von EUROCHAMBRES*

## EU und ... ... Identität

**Der Österreicher im Jahre 2000 ohne eigene Staatsbürgerschaft, hilflos einem Einheitsbrei der Nationen und Kulturen in den Vereinigten Staaten von Europa ausgeliefert? Das wird es in Zukunft nicht geben.**

Wenn über Beitritt oder Nichtbeitritt diskutiert wird, taucht oft die Frage auf, ob Österreich in der EU seine Identität verlieren wird. Sind diese Befürchtungen tatsächlich gerechtfertigt?

**Die EU beraubt uns also nicht unserer Identität. Eine Beteiligung an Europa schafft uns jedoch größere Möglichkeiten und Chancen - ob wir sie nützen oder nicht, bleibt unsere Entscheidung.**

BRUSSEL MEINT, DU DARFST DEIN ROT-WEISS-ROTES STRICKKOSTÜM BEHALTEN!

## Freude über Ja zu Europa

Neuer Mitspieler

September/Oktober 1994  
35. Jahrgang / Preis S 4,- 5

---

## Das Jahr der Entscheidung

Geschafft! Mit einem dramatischen Zielanlauf konnten die EU-Beitrittsverhandlungen im letzten Moment abgeschlossen werden. In wichtigen Fragen vorgenommen werden, in der schließlich entscheidenden Transaktionsphase wurde erreicht, daß der ökologische Gehalt des Transaktionsprozesses auch über die ursprüngliche Vertragsdauer hinaus erhalten werden kann.

Österreich muß sich jetzt entscheiden. Es wird die wichtigste Entscheidung seit dem Abschluß des Staatsvertrages 1955 sein.

Daß es dazu gekommen ist, verdankt wir einer günstigen Konstellation in der europäischen Politik, einem Integrationsfortschritt, von dem allerdings niemand weiß, wie lange es offen bleibt. In den nächsten Jahren wird in der Europäischen Union die Konsolidierung der Absichtserklärungen des Maastricht-Vertrages auf der Tagesordnung stehen.

Seit einiger Zeit ist sichtbar geworden, daß die Umsetzung dieses Maastricht-Vertrages schwieriger werden wird als ursprünglich angenommen. Der Integrationsprozess hat abgenommen, auch in wichtigen EU-Ländern. Wenn man vor der Maastricht-Debatte noch gemeint hatte, Vertiefung und Erweiterung könnten parallel voranschreiten, werden aufgrund der Erfahrungen dieser Debatte jene, die mit der Vertiefung ernst ist, zumindest eine Erweiterung verhindern.

Umso wichtiger ist es daher, die Entscheidung ernst zu nehmen und lässliche Interessen hinterzulassen. Nach fast zwei Jahrzehnten ist immer noch einleuchtend, daß die Jahrhundertentscheidung EU-Beitritt wichtiger genommen wird als die nächste Landtagswahl.

Österreich sollte diese Chance, ein Ausläufer der EU zu werden, mitentscheiden, mit Selbstbewußtsein aufgreifen.

*Europäische Föderalistische Bewegung  
Bund Europäischer Jugend  
Europäische Studienvereinigung*

## Österreich - EU

September/Oktober 1994  
35. Jahrgang / Preis S 4,- 5

### Wir können mitbestimmen !

Das Ergebnis der Volksabstimmung vom 12. Juni versetzt uns in die Lage, die EU, über die größtmögliche Bedeutung unseres Landes hinaus, mitzugestalten. Die Einladung in Korfu (Österreich wird bereits jetzt wie ein Vollmitglied behandelt) zeigt, daß man bereit ist, auf uns zu hören. Ab nun können wir das Geschick der Gemeinschaft aktiv mitbestimmen. Folgende Ziele sollte Österreich vorrangig verfolgen:

1. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gegenüber Amerika und Asien (Deregulierung, Forschung und Entwicklung, Ausbau der Infrastruktur u. Telekommunikation) u. Sozialpartnerschaft auf EU-Ebene.
2. Viele Regionen definieren den Föderalismusbegriff als Regionalismus. Es gilt, ihn nach allen Richtungen hin zu erweitern. Die Schaffung von Euregios sollte als neue Zielsetzung im regionalen Bereich angestrebt werden. Im Rahmen dieser Bestrebungen sollten die Bundesländer in Brüssel vertreten sein! Diese Art von bürgernahe Landesaußenpolitik soll und will nichts anderes, als interregionale Zusammenarbeit in der gesamten EU. Alle interessierten Einrichtungen, insbesondere die Sozialpartner, sollten bei dieser interregionalen Zusammenarbeit mitwirken und ihre Erfahrungen, aber auch ihre Interessen, einbringen.
3. Eine gemeinsame europäische Verkehrs-

wie auch Umweltpolitik ist gerade aus der Sicht Österreichs vordringlich. Österreichische Vorstellungen (Energiesteuer, Transitfragen) sind als Initiativen einzubringen. Als wesentlicher Teil einer europäischen Umweltpolitik ist die Sicherung unserer Bauern anzusehen. Außerdem müssen die Programme der EU genutzt werden!

4. Österreich sollte innerhalb der EU der Beitrittsverhandlungen begonnen werden.

5. Es gilt, eine gesamteuropäische Sicherheitspolitik zu entwickeln und überhaupt das Thema Sicherheit auf eine breite Basis zu stellen!
6. Österreich sollte konkrete Vorschläge für eine europäische Verfassung mit dem Ziel einer verstärkten Demokratie in Europa einbringen. Es muß aufhören, daß die europäischen Institutionen nur so viel Befugnisse haben, wie ihnen die Nationalstaaten zugestehen!
- Gelingt es Österreich, in diesen Bereichen zu punkten, wird es entscheidende Beiträge zur Weiterentwicklung der Europäischen Union leisten und eine zentrale Rolle in Europa spielen. Darum sollten wir die Gunst der Stunde nutzen - derzeit seht und hört man auf uns.
7. Eine Offensive für Weltoffenheit und Internationalität sollten wir in verstärktem Maße durchführen. Die Förderung von Studenten- und Lehrlingsaustauschprogrammen sowie eine Priorität für verstärkte Sprachenausbildung sollte unsere Menschen in die Lage versetzen, selbstbewußt in Europa aufzutreten. Nur wer andere Länder kennt und mit anderen Menschen reden kann, wird auch das notwendige geistige Volumen zum Lösen gemeinsamer Probleme haben.

**Landesrat Dr. Christoph Leitl, Linz**  
Anwalt unserer östlichen Nachbarn sein. Es gilt, eine Perspektive der Hoffnung zu entwickeln. Dazu müßten Kriterien für die wirtschaftliche und demokratische Entwicklung der einzelnen Länder definiert und im Falle der Erfüllung dieser Kriterien sofort mit

*Für den verwöhnten Gast*

**8820 Neumarkt/Steiermark**  
Telefon 0 35 84 / 22 39    [www.lukanz.at](http://www.lukanz.at)

# NEUMARKTERHOF

Gasthof - Pension

**Familie REIF, 8820 NEUMARKT**  
Tel. 0 35 84 / 22 87  
[www.neumarkterhof.at](http://www.neumarkterhof.at)

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

## ■ Aber wie?



Erinnern Sie sich? „Vertiefung vor Erweiterung“ hieß es in den 90er Jahren, und der Vertrag von Nizza 2000 sollte die EU „erweiterungsfähig“ machen - und scheiterte. Trotzdem erweiterte die EU 2004 von 15 auf 25, später auf 27 Mitgliedstaaten und erst fast 10 Jahre später schafft Europa 2009 wenigstens den „Lissabonner Vertrag“. Endlich kann sie, wenn sie will, sich den drängenden politischen Krisen widmen. Und der Erweiterung, insbesondere am Balkan.

Am Gipfel von Saloniki 2003 versprachen die Regierungs- und Staatsschefs Südosteuropa eine europäische Perspektive. Slowenien schaffte es als erstes 2004, mit Erfolg. Nun stehen 6 weitere ex-jugoslawische Staaten (Kroatien-Serbien-Bosnien-Montenegro-Mazedonien, Kosovo) Albanien - und gerne übersehen - Moldawien

vor der Tür. Insgesamt 8 Staaten, mit all ihren Problemen. Aber auch die Erweiterungsfähigkeit der EU steht damit als höchst aktuelle Frage im Raum und verbietet eine Wiederholung der euphorisch-optimistischen Herangehensweise der Erweiterungen 2004/07. Wie also dann?

**Zwei politische Strategien darf die EU nicht aus den Augen verlieren:**

### 1. Die Kopenhagen-Kriterien ernst nehmen!

Sprechen wir es offen aus: die Erweiterungen 2004/07 waren vor allem das hastige Ergreifen der historischen Chance der West-Ost-Vereinigung und war als solche auch gerechtfertigt. Aber Hand aufs Herz: Das Erfüllen der wirtschaftlichen, politischen, demokratischen, rechtsstaatlichen Beitritts-Voraussetzungen(!) wie sie durch die „Kopenhagen“-Kriterien festgelegt wurden, bereiten heute insbesondere in Bulgarien und Rumänien enorme Schwierigkeiten. Daraus muss die EU lernen: Kein Beitritt ohne vorher verwirklichte Reformen, kein Auge-zudrücken, keinen Beitrittsdatum-Druck zulassen, keine vorzeitigen Versprechungen und Zusagen! Im Nachhinein steigt der innenpolitische Widerstand gegen unangenehme Reformen ins Unermessliche.

### 2. Kein EU-Beitritt ohne vorherige Ausräumung der zwischenstaatlichen Konflikte!

Das ist der große Unterschied zur Beitrittswelle 2004/07: die damaligen (v.a. ex-kommunistischen) Beitrittskandidaten hatten wohl enorme wirtschaftliche etc. Probleme, aber keine größeren zwischenstaatlichen Konflikte. Mit einer Ausnahme: Zypern. Daraus sollten wir ebenfalls die Konsequenzen ziehen. Zypern wurde auf-

genommen, ohne den Insel-Konflikt vorher zu lösen. Jetzt belastet dieser Streit die EU als ihr internes Problem, z.B. bei ihrer Türkei- oder der EU-Mittelmeerpolitik. Weil Zypern sich querlegt und sein Veto-Recht einsetzt.

### „Am Balkan“ wimmelt es nur so von analogen höchst unangenehmen Konflikten:

Der (hoffentlich!) deeskalierte Meeressgrenze-Konflikt zwischen Slowenien und Kroatien belastet noch immer das Beitrittsverfahren Kroatiens. Bosniens ethnische Krämpfe und Verfassungskonflikte stellen noch immer seine Staatlichkeit in Frage und damit seine EU-Beitrittsfähigkeit. Mazedonien leidet unter dem absurden Staatsnamen-Streit mit Griechenland und der ständigen Gefahr der Wieder-Eskalation des ethnischen Konfliktes zwischen dem albanischen und slawischen Bevölkerungsteil.

Der Serbien-Kosovo-Konflikt: Hier steuert die EU auf ihr größtes Problem zu. Belgrad sieht im EU-Beitritt zwar sein wichtigstes politisches Ziel und die EU betont auch ständig die Fortschritte Serbiens, erbringt auch konkrete Vorleistungen: Die Visazwang-Aufhebung, der bevorstehende Abschluss des Stabilitäts- und Assoziationsabkommens, bedeutende finanzielle Hilfen fließen. Doch Serbien betont gebetsmühlenartig: Kosovo ist für ewig

Bestandteil Serbiens, selbst ein „Tausch“ EU-Betritt gegen Entlassung des Kosovo in die Unabhängigkeit ist undenkbar. Aber 22 EU-Staaten haben Kosovo's Unabhängigkeit anerkannt. Ohne geklärte Grenzen - wie sollen da Serbien oder Kosovo in die EU aufgenommen werden?

Die Botschaft der EU darf an Klarheit nichts offen lassen: Ohne vorheriges Ausräumen der Konflikte kann es keinen Beitritt geben, ein „Zypern“ ist genug. Weil die EU sonst durch das Hereinholen dieser nationalistisch-emotional überladenen Streitigkeiten in ihre Institutionen ihre eigene Entscheidungsfähigkeit gefährdet. Das wird in den Einzelfällen sehr schwierig werden, z.B. bei den so verhärteten Positionen beider Parteien im Kosovo-Konflikt. Aber ohne diese klare Ansage entsteht auch gar kein Anlass für die Streitenden, von der eigenen Position Abstriche zu machen. Letztlich geht es insbesondere „am Balkan“ darum, den hier besonders stark und aggressiv gebliebenen Nationalismus nicht unter den Teppich zu kehren sondern in eine tolerante, europäische Werte-Stimmung überzuleiten. Keine leichte Aufgabe im Lichte der alten und jüngsten Geschichte der Region und sie muss von den Menschen dort selbst geleistet werden. Mit unser aller Hilfe, damit auch diese Völker Europas möglichst bald in der EU ihr gemeinsames Zuhause finden können.

*Dr. Friedhelm Frischenschlager  
Präsident der EFB*



8820 Neumarkt, Freimostr. 1  
T 03584/2134, F DW 4  
www.griedl.at info@griedl.at

**Marktgemeinde Neumarkt  
Versorgungsbetriebsges.m.b.H**

Freimoosstraße 24  
8820 Neumarkt  
Tel. 03584/2255  
Fax 03584/2255-13  
e-mail: office@ew-nmkt.at



**Elektrizitätsversorgung  
Freileitungsbau  
Elektroinstallationen  
Elektrogerätehandel  
Sat-TV-Video**

ATU-29450803  
DVR-0996122  
FN 81101t - Landesgericht Leoben



**Das vergangene Jahr 2009 hat für Europa entscheidende Änderungen mit sich gebracht. Im Juni wurde ein neues Europäisches Parlament (EP) gewählt und in Folge auch eine neue Europäische Kommission eingesetzt. Vor allem aber trat im Dezember der Vertrag von Lissabon in Kraft, wodurch eine Vertragsreform ihren Abschluss fand, die sich fast über das ganze letzte Jahrzehnt gezogen hatte. Bereits am Gipfel von Nizza im Dezember 2000, bei dem der gleichnamige Vertrag beschlossen wurde, einigte man sich auf eine weitere Reform der europäischen Institutionen, um auf die erwarteten Herausforderungen durch die Hereinnahme der mittel- und osteuropäischen Länder gerüstet zu sein. Die Ratifizierung des schlussendlich abgelehnten Verfassungsvertrages und der dann zum Vertrag von Lissabon überarbeiteten Reform geriet dann aber zu einem langwierigen, Grundsatzfragen aufwerfenden Ringen.**

Der seit 1. Dezember gültige Lissabonner Vertrag bietet eine neue institutionelle Ordnung für Führung und Management der Europäischen Union. Nicht nur wurde der Europäische Rat, also die Versammlung der europäischen Staats- und Regierungschefs, als Institution in den Vertrag aufgenommen. Auch die Zuständigkeiten des EP, des Ministerrats und der Europäischen Kommission sind neu definiert worden. Dabei gilt die allgemeine Einschätzung, dass der Europäische Rat, das EP und die Europäische Kommission gestärkt wurden, der Ministerrat aber etwas an Gestaltungskraft verloren hat.

Einige Beispiele aus jüngster Zeit mögen dies veranschaulichen: Die Abstimmung über das Bankdatentransferabkommen SWIFT geriet zu einer ersten Demonstration der neuen Stärke des Europäischen Par-

laments. Das Anti-Piraterieabkommen ACTA, welches bis dato unter völliger Geheimhaltung verhandelt wird, ist das nächste Ziel, das sich das EP ins Visier genommen hat. Beide Fälle zeigen, dass das EP nicht bereit ist, die bisher praktizierten, intransparenten und grundsätzliche Rechte vernachlässigende Verhandlungen einfach so hinzunehmen. Dies könnte sich auch alsbald im Bereich der internationalen Handelsabkommen zeigen, bei denen das EP mit Lissabon ein Mitspracherecht bekommen hat.

Der Präsident des EP Jerzy Buzek - übrigens der erste Osteuropäer an der Spitze einer bedeutenden EU-Institution - hat in seiner Berliner Humboldt-Rede eine erste Einschätzung zum neuen institutionellen Gleichgewicht gegeben: „Einige scheinen sich in dieser neuen politischen Geometrie noch nicht auszukennen. Es ist deutlich zu erkennen, dass die Auswirkungen des Vertrags von Lissabon für einige Politiker, auch für solche in führenden Positionen, eine große Überraschung darstellen. Die Mitgliedstaaten begreifen erst jetzt allmählich, wofür sie mit der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon eigentlich ihr Einverständnis gegeben haben, und manche finden sich nur schwer damit ab.“ Buzek spricht damit vor allem das verschobene Kräfteverhältnis zwischen Ministerrat und EP an, aber wohl auch einige Irritationen, die durch die Schaffung zweier neuer Spitzenämter hervorgerufen wurden: Nämlich das des Ratspräsidenten und des "Hohen Vertreters der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik". Nachdem die Nominierungen im November erfolgt sind, gilt es nunmehr für beide, Lady Catherine Ashton und Herman van Rompuy, ihre Rolle zu finden. Die Europäische Union wird jedenfalls die Führungskraft der beiden Spitzenrepräsentanten und des Europäischen Rates angesichts der Herausforderungen an die Europäische Union im 21. Jahrhundert brauchen. Und das EP wird sich - gestärkt durch den neuen Vertrag - konstruktiv aber bestimmt einbringen.

Der nunmehr im Vertrag kodifizierte Europäische Rat ist schlechthin die institutionalisierte Regierungszusammenarbeit. Hier gilt es daher zu beobachten, wie die Staats- und Regie-

rungschefs ihre Verantwortung für Europa wahrnehmen und ihrer gerecht werden.

Die aktuelle Krise in Griechenland bietet Anlass für erste Beobachtungen. Zum einen ist festzustellen, dass trotz oft gegensätzlicher Interessen, eines immer noch und immer wieder funktioniert: Der Europäische Rat ist handlungsfähig, weil alle Beteiligten die Suche nach einem gemeinsamen Kompromiss als oberste Priorität haben. Europa hat immer auf der Grundlage von Kompromissen und dem notwendigen Willen, Kompromisse einzugehen, funktioniert. Die Griechenlandkrise zeigt aber auch, dass das europäische Primärrecht gewisse Schwächen und Lücken aufweist, vor allem hinsichtlich der Gewährleistung von Stabilität in einem gemeinsamen Währungsraum.

Der Vertrag von Lissabon ist keineswegs perfekt - das sind Kompromisse - der Vertrag stellt aber gleichzeitig den Konsens dar, der erreichbar war. Man muss sich aber auch darüber im Klaren sein, dass es nach dem langwierigen Ringen um einen neuen Vertrag wohl nicht so schnell zu einer neuerlichen Vertragsreform kommen wird. Aus Sicht des EP wäre dies wahrscheinlich wünschenswert - solange dies vor allem zur Stärkung der Gemeinschaftsmethode dient. Vieles kann aber auch im Rahmen des bestehenden Vertrages angegangen werden.

Jerzy Buzek führt als ein Beispiel die Parlamentarisierung der Europäischen Kommission an, soll heißen, dass die künftigen Kommissare Spitzenkandidaten bei den Europawahlen sein sollten. Andere Beispiele zur Stärkung der gemeinschaftlichen Elemente sind denkbar, all diesen Ansätzen ist aber eines gemein: Sie setzen den effizienten und überzeugenden Einsatz der durch den neuen Vertrag gegebenen Möglichkeiten voraus. Genau dies muss und wird das EP in den kommenden Jahren leisten.

*Mag. Georg Pfeifer*

*Leiter a.i. des Informationsbüros des Europäischen Parlaments für Österreich*



„Wird eine Bäuerin im großen Europa gehört?“ war der Titel eines Informationsabends, zu dem die EFB in Zusammenarbeit mit der Bezirkskammer für Land- und Forstwirtschaft in das Europahaus Neumarkt geladen hat. Im vollbesetzten Sitzungssaal konnte Max Wratschgo die Abgeordnete zum Europäischen Parlament, Elisabeth Köstinger und Bezirksbäuerin Marianne Reichl als Referentinnen herzlich willkommen heißen. Dem folgte ein Grußwort von Bürgermeister Reinhardt Racz.

Die EP-Abgeordnete **Elisabeth Köstinger** zeichnete das Bild der Bäuerin in der Europäischen Union als wichtige Trägerinnen der Gesellschaft im ländlichen Raum und unterstrich die Leistungen der Bäuerinnen auf nationaler und europaweiter Ebene. Bäuerinnen müssen sich als Unternehmerinnen verstehen, dazu sind betriebswirtschaftliche Kenntnisse und Wissen um Märkte erforderlich. Sie zeigte das Europäische Parlament als Medium für Bäuerinnen auf und verwies auf den Entschließungsantrag des EP aus 2008 über 'Lage der Frauen in den ländlichen Gebieten der EU', in dem u.a. gefordert wird, "...die von Frauen geleistete Arbeit so stark wie möglich zu würdigen...", "...die beträchtliche Gruppe von - durchwegs weiblichen - mitarbeitenden Partnern in der Landwirtschaft (...) im Auge zu behalten, die in vielen Mitgliedstaaten eine unzureichende Rechtsstellung haben...".

Weiters definiert die spanische Ratspräsidentin für ihre Regierungsperiode bis Ende Juni 2010, die Rolle der Frau in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum zu fokussieren und zu stärken, als ein zentrales Thema ihrer Agenda. Man spricht sich ganz klar für eine Gleichstellung von Frauen und Männer und gegen eine Diskriminierung jeglicher Art aus. Als zukünftige Herausforderungen der Landwirtschaft im Allgemeinen hob die EP-Abgeordnete die Ernährungs- und Qualitätssicherheit, die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Betriebe, Umwelt- und Klimaschutz, Biodiversität und erneuerbare Energien heraus.



Bgm. Reinhardt Racz, Elisabeth Köstinger, Marianne Reichl, Kammersekretär und Moderator des Infoabends Franz Rodlauer, Max Wratschgo

Bezirksbäuerin **Marianne Reichl** sagte einleitend: „Wer gehört werden will, muss sich hörbar machen! Besser gelingt das, wenn wir uns organisieren und ein Sprachrohr, eine gute Vertretung haben. Bäuerinnen werden in Europa gehört, wenn die Anliegen über unsere Organisationen und politischen Vertreter, sowie über die Medien weiterleiten. Wir dürfen auch nicht müde werden, uns immer wieder in der Öffentlichkeit und bei der Konsumgesellschaft zu präsentieren und unsere Leistungen ins rechte Licht rücken, um Verständnis in der Gesellschaft und beim Konsumenten zu erlangen. Wir müssen die Chancen nutzen, die uns im Rahmen der Weiterbildung und Zusatzqualifikationen in der EU geboten werden, denn unsere Bauernhöfe werden in der Zukunft nur mehr mit unternehmerischem Denken erfolgreich zu führen sein.“

Nach dem Aufzeigen einiger Daten und Fakten im Bezirk Murau durch die Referentin brachte der Informationsabend folgendes Fazit: Die Bäuerin von

heute ist modern, flexibel und innovativ. Bäuerinnen sind vielfach der „Motor“ für innovative Erwerbsmöglichkeiten auf den Höfen. In der Kultur ist es vielfach ein Verdienst der Bäuerinnen, wenn in den Gemeinden nach wie vor alte Bräuche im Jahreslauf weitergepflegt und weiterentwickelt werden. Sie sind Botschafterinnen für heimische Lebensmittel, Expertinnen in Sachen gesunder Ernährung und Wertevermittler.

Auf die Referate der Bezirksbäuerin Marianne Reichl und der EP-Abgeordneten Elisabeth Köstinger folgenden Diskussion wurde einerseits thematisch sehr breit diskutiert und andererseits auch klare Stellung bezogen. Die Diskussionsbeiträge umspannten einen Themenbogen ausgehend von der „Biodiversität“, über die „Gentechnik“ und den „Ländlichen Raum“ bis hin zur „Transaktionssteuer“ und dem „Umweltschutz“. Beeindruckt hat Frau Köstinger dadurch, dass sie versucht hat, auf alle gestellten Fragen in die Tiefe gehende Antwort zu finden.

**Wir freuen uns auf Ihren Besuch**

... auch unter [www.rbneumarkt.at](http://www.rbneumarkt.at)

**Raiffeisenbank  
Neumarkt-Scheifling**



**GRAZER WECHSELSEITIGE**  
Versicherung Aktiengesellschaft

Die Versicherung auf *Ihrer* Seite.

Ihr persönlicher Berater  
**Oberinsp. Helmut Gutl**  
Büro Feldbach, 8330 Grazerstraße 8  
Tel. 03152/2793 oder 0664/2356630  
E-Mail: [helmut.gutl@grawe.at](mailto:helmut.gutl@grawe.at)

Nr. 4 7. Jahrgang Juli / August 1966

# Europatag 1966



Europa-Fahnen wehen vom Linzer Rathaus (vom Eckturm die Fahne der europäischen Bewegung, das grüne E, in der Mitte die Fahne des Europarates). Dank der Initiative der EFB haben die Bürgermeister in zahlreichen Gemeinden, darunter in Wien, Graz und Linz (obiges Bild) die Europa-Fahnen gehißt.

Seite 4 Europa-Stimme Juli / August 1966

## Europa-Kundgebung der Grazer Jugend

Über Initiative des Bundes Europäischer Jugend fand unter Mitwirkung des Steiermärkischen Landesjugendbeirates im Grazer Landhaushof am 4. Mai 1966 — dem Vorabend des Europatages 1966 — eine eindrucksvolle Kundgebung unter dem Motto: „Die Jugend will Europa“ statt, bei der Bundesobmann Max Wratschko die Festrede, Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. Dr. Hanns Koren und Bürgermeister Dipl.-Ing. Gustav Scherbaum, begrüßten.



Foto Fischer

In eindrucksvoll gestaltetem Landhaushof fand die Kundgebung statt. Das Bild zeigt den Chor der Katholischen Lehrerbörse.

Bürgermeister Dipl.-Ing. Gustav Scherbaum betonte in seiner tiefempfundenen Rede, daß die Europatage die Zurückstellung von Sonderinteressen verlange und daß die Jugend auf das vereinte Europa psychologisch vorbereitet werden müsse. Den Gemeinden komme hier eine wichtige Funktion zu, da sie diesen Gedanken aus echten an ihre jungen Bürger heranzubringen könne.

Landeshauptmannstellv. Univ.-Professor Dr. Hanns Koren führte u.a. aus: Der Europa-Gedanke ist stiftliche Verpflichtung jedes einzelnen, ebenso



## Europahymne „Ode an die Freude“



**5. Mai – Europatag des Europarates**  
Dieser Europatag, der seit 1964 gefeiert wird, erinnert an die Gründung des Europarates durch die Unterzeichnung seiner Satzung am 5. Mai 1949 in London.

**9. Mai – Europatag der Europäischen Union**  
Dieser Tag erinnert an die Schuman-Erklärung 1950. Beim Mailänder Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs 1985 wurde beschlossen, zur Erinnerung an dieses Ereignis am 9. Mai jedes Jahres den Europatag der Europäischen Union zu begehen.

# SIE TANZTEN FÜR EUROPA



„Ein vereintes Europa kann nicht durch die Erlassung eines Gesetzes geschaffen werden, ein vereintes Europa muß organisch zusammenwachsen.“ Das sagte Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger anlässlich des diesjährigen Europatages. Daß das nicht nur richtig, sondern auch möglich ist, wurde durch die „Begegnung 78“ eindrucksvoll gezeigt. Volkstanzgruppen aus 14 Ländern Europas waren zu dieser Begegnung zusammengekommen und hatten internationale Verständigung im Kleinen praktiziert.

Über den Zusammenhang von Volkstanz und Folklore mit Europa wird man sicherlich nicht erstaunt sein. Beide gehören eng zusammen. Denn Folklore ist vor allem auch ein Ausdruck kultureller Vielfalt, die in ihrer Buntheit gerade kennzeichnend für Europa ist.

Mit malerischen Trachten u. mitreißendem Schwung eroberten die Gäste aus ganz Europa die Herzen der Zuseher. Dieses gefühlmäßige Erleben war denn auch bestens geeignet, ein Klima für Europa zu schaffen. Europa erleben zu lassen. Obwohl sie sich sprachlich kaum verstehen konnten, lernten die Volkstanzgruppen untereinander und zur Bevölkerung herzlichen Kontakt mit einer Sprache der Freundlichkeit. Sicher für viele ein unvergesslicher Tag, dieser Europatag 1978.

Foto: Amisano

## Europa durch sein Volk

Juli/August 19. Jahrgang / Preis 5 4,— 4



## Europatag

### Europatag mit Bundespräsident Kirchschläger

Unwahrheit von sehenswerten Darbietungen ausländischer Volkstanzgruppen wurde vor dem mit der Europa-fahne geschmückten Rathaus in Graz das Europatreffen durchgeführt, zu dem sich neben einer gewaltigen Menschenmenge auch eine Reihe politischer Mandatäre, mit Bundespräsident Dr. Kirchschläger an der Spitze, eingefunden hatte. Besonders zu danken ist dem Organisator dieses Treffens, Dr. Hugo Müller.

„Europastadt“ Graz geschah sei, Europa müsse organisatorisch zu einer Einheit heranwachsen. Das könne nicht durch Gesetze erzwungen werden, betonte er. Zuerst müßten die Völker zueinanderfinden, dann würden auch die Regierungen den Weg zur Einheit gehen können. Kirchschläger wies darauf hin, daß noch zu viel Eigenständigkeit in Europa bestehe. Die verschiedenen gesellschaftspolitischen Systeme würden weiterbestehen, aber jedes System für sich allein müsse zeitigen, was es den einzelnen Menschen an gutem Gesellschaftsleben zu bieten habe.

Osterreichs Funktion in Europa sei es, als Land der Mitte und der Begegnung zu wirken. Kirchschläger bezeichnete es daher als ein gutes Zusammenreffen, daß sich zur gleichen Zeit die parlamentarischen Vertreter der europäischen Nationen im Rahmen der dritten Parlamentarischen Konferenz für europäische Zusammenarbeit getroffen hätten.

Der zweite Schauspielt des Europatages in Graz war der Arbeiterkammersaal, in dem sich über 1000 Schüler der oberen Klassen der Mittelschulen einfanden. Das Sprechstück „Von Bürdern und Sklaven“ hinterließ einen nachhaltigen Eindruck, weil es sich nicht nur mit den Spannungen zwischen den Völkern, sondern mit dem vordringlichen Abbau sozialer Ungerechtigkeiten auseinandersetzte.

In der Steiermark gab es noch weitere Europatagveranstaltungen, wobei ein internationaler Wandertag in Gleisdorf und Feldbach besonders hervorzuheben sind. Ausstellungen wurden in Gleisdorf und Bruck gezeigt. Besonders bei den Volkstanztreffen in Fürstentfeld und Feldbach konnte man den Eindruck gewinnen, daß hier wirklich Europa durch sein Volk im Werden begriffen ist. Man tanzte miteinander, und wenn auch kaum jemand die Sprache seines Tanzpartners verstand — Musik und Tanz hatten alle Sprachschwierigkeiten überwinden. Nur durch die Sprache des Herzens kam zum Ausdruck, daß wir alle Freunde und Europäer sind!



Foto: Amisano

## ■ In Reschitza blüht europäischer Gedanke



Die Feier des 20. Gründungsjubiläums des Demokratischen Forums der Banater Berglanddeutschen (DFBB), der Monatsschrift „Echo der Vortragsreihe“ und die große Feier der Ernennung

der beiden Vorsitzenden Karl Ludwig Lupsiasca und Erwin Josef Tigla zu „Ehrenbürgern des Kreises Karasch-Severin“ waren für die Europäischen Föderalisten verpflichtend, der Einladung Folge zu leisten, um damit die Verbundenheit mit der deutschen Minderheit zu bekunden. Die Überreichung der Ehrenbürgerurkunden nahm der Kreisratspräsident Sorin Frunzäverde im Festsaal des Kreisrats vor.

### Europarat-Ausstellung im Banater Bergland

Die Banater Bergländer nutzten die Gelegenheit, gleich eine Vortragsreihe mit den österreichischen Europäern zu organisieren. Der Auftakt war der Vortrag „Vom Europarat zur Europäischen Union“, mit dem Generalsekretär des EEB, Hofrat Dr. Fritz Mairleitner und mit EFB-Vizepräsidentin Christa Hofmeister, in der deutschen „Alexander Tietz“-Bibliothek und führte weiter nach Karansebesch in das „C.D. Loga“-Lyzeum“,

wo gleichzeitig die Ausstellung „60 Jahre Europarat“ eröffnet wurde und endete mit einem Vortrag im Amphitheater des „Diaconovici-Tietz“-Lyzeums Reschitza, wo die Gäste durch die Schulleiterin Prof. Florica Molnar und den stellvertretenden Direktor, Prof. Boris Vatzulik, willkommen geheißen wurden. Die Ausstellung wird in den nächsten Monaten durch das Banater Bergland wandern. Ein umfangreiches Kulturprogramm und Ausflüge durch das wunderschöne Banater Bergland rundeten das Programm ab.



Erwin Tigla, Direktor der Schuleinheit, Prof. Dan Nicolae Grindeanu, Christa Hofmeister, Hofrat Fritz Mairleitner, Peter Theisbacher, Marita Aberer, Mona Mateiu, Gheroghe Magas und die Leiterin der deutschen Abteilung, Prof. Gabriela Pfeiffer nach der Eröffnung der Ausstellung im „C.D. Loga“-Lyzeum“ in Karansebesch.

## ■ BEJ Wien EU-Basisseminar



Zu einem spannenden Erlebnis wurde das vom BEJ/JEF Wien veranstaltete EU-Basisseminar für zwei BORG-Schülerinnen der 6a aus Bad Radkersburg - Gollenz Kathrin und Almer Nina berichten:

Im Rahmen des Unterrichts bot uns unsere Deutsch-Professorin Frau Mag. Sajer Irene kürzlich an, am EU-Basisseminar

des BEJ in Wien, vom 17.-19. März teilzunehmen. In Wien angekommen, wurden wir schon von unserem Betreuer Sisko Jan empfangen. Das Seminar begann mit dem ehemaligen Verteidigungsminister Werner Fasslabend, dem wir zahlreiche Fragen zum Thema EU stellen durften. Dann besuchten wir eine Podiumsdiskussion im „Haus der Europäischen Union“, wo das Thema „Kein Job, keine Perspektive? – Europäische Jugend in der Krise“ behandelt wurde.

Die Referenten waren Marc Fähndrich, Ernst Gesslbauer und Werner Titelbach. Am nächsten Morgen starteten wir gleich wieder im „Haus der Europäischen Union“. Dort lernten wir viel über das EU-Parlament, von den Aufgaben der Kommission und über die Organe der EU. Der dritte Tag begann mit einer Diskussion mit der ehemaligen Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky über die Gesundheitsreformen, im Speziellen über das aktuelle Rauchergesetz in Österreich.

Auf jeden Fall sind wir mit bereichertem Wissen und neuer EU-Erfahrung nach Hause gekommen.

## ■ „Menschenrechte - global denken, lokal handeln“

Vernunft und Wissen zum Besseren dieser Welt haben sich in den letzten Jahrzehnten durchgesetzt. Davon ist der Grazer Altbürgermeister Alfred Stingl überzeugt, wie er in seinem Vortrag zum Thema „Menschenrechte - global denken, lokal handeln“ auf Einladung der EFB und des BEJ in der Steiermärkischen Sparkasse Feldbach deutlich machte. „Wir dürfen nicht zulassen, dass alles, was wir aufgebaut haben, noch einmal zerstört wird. Den Frieden zu bewahren, gehört zu unseren großen Aufgaben“, betonte Stingl eindringlich. Wesentliches Ziel der Politik müsse sein, nicht zuzulassen, dass die Welt in unterschiedliche Welten untergeteilt wird. Das betrifft etwa die Einhaltung und den Ausbau der Menschenrechte. Sie sollten auch als verpflichtendes Unterrichtsfach eingeführt werden. Er kritisierte, dass in vielen Ländern genügend Geld für Waffen, jedoch nicht für Bildung und Essen vorhanden ist. Einer Lösung harren ökologische Probleme, aber auch jene mit

dem zunehmenden Rassismus. Dass in Graz Menschen aus 157 Nationen leben und an den vier Universitäten Menschen aus 98 Nationen studieren, bezeichnete Stingl als unschätzbaren kulturellen Reichtum. Die Europäische Föderalistische Bewegung lobte er als Vorreiter des Ausbaus des Menschenrechtsgedanken. Sie hätte wesentlich zum Verständnis der Nationen untereinander beigetragen.



## ■ Hofrat Dr. Wolfgang Mayrhofer-Grünenbühl †

Die große Zahl von Auszeichnungen, die der am 2. März 2010 verstorbene ehemalige Zweite Landtagspräsident Dr. Wolfgang Mayrhofer von Grünenbühl erhalten hat, wird von seiner vornehmen



Präsident Leo Uster, Präsident Hofrat Dr. Wolfgang Mayrhofer und Präsident Koschat im Europahaus Neumarkt

menschlichen Haltung übertroffen. In den vielen Jahren als Berichterstatter aus dem Landtag habe ich bei ihm kein einziges Mal eine Entgleisung oder Verunglimpfung eines politischen Gegners erlebt. Schon früh trat er für die Anerkennung der Rechte der slowenischen Volksgruppe ein. Im Raum stand auch ihre Einbeziehung in die Landtagsarbeit. Mit den Verfechtern deutsch-slowenischer Verständigung in der katholischen Kirche verband ihn eine treue Freundschaft. Der Europäer Mayrhofer war viele Jahre stellvertretender Landesobmann der EFB-Kärnten, Mitglied des Bundesvorstandes der EFB und Mitglied des Schiedsgerichtes unserer europäischen Organisation UEF, er unterstützte von Anbeginn die Konsensgruppe. Wäre die Landespolitik ihm gefolgt, gäbe es seit Jahren ein befriedetes und zukunftsorientiertes Südkärnten, dessen Menschen sich mit Achtung und Zuneigung begegnen würden.

*Heinz Stritzl, Klagenfurt*

## ■ OStR Prof. Dr. Michael Reinthaler †

Commendatore OStR Prof. Dr. Michael Reinthaler verstarb am 28.01.2010 im 99. Lebensjahr. Viele Jahre lang besuchte Prof. Dr. Michael Reinthaler regelmäßig unsere Minderheitenseminare im Europahaus Neumarkt und dolmetschte für unsere italienischen Freunde. Er organisierte immer wieder Veranstaltungen, die die steirisch-italienische Zusammenarbeit förderten.



Dr. Augusto Ariis/Udine mit seinem Freund Dr. Michael Reinthaler

## ■ Goldene Ehrennadel für Hofrat Dr. Fritz Mairleitner

Im Rahmen der Bundesvorstandssitzung der EFB verlieh am 20. März im Europazentrum Wien der Präsident der EFB Dr. Friedhelm Frischenschlager an Hofrat Dr. Fritz Mairleitner die Goldene Ehrennadel der EFB. Mairleitner ist seit Jahrzehnten Generalsekretär des Europäischen Erzieherbundes und Mitglied des Bundesvorstandes der EFB. Ihm ist es zu verdanken, dass in vielen Regionen Österreichs immer wieder Europaseminare für PädagogInnen stattfinden. Ein besonderes Anliegen für ihn sind die Verleihungen der „Europtimus-Preise“ und die Veranstaltungen zur Thematik Menschenrechte. In der Zeit vom 26. bis 29. März referierte er in der „Alexander Tietz“-Bibliothek Reschitza, im Lyzeum Caransebes und im „Diaconovici-Tietz“ Lyzeum Reschitza zum Thema „Vom Europarat zur Europäischen Union“ vor PädagogInnen und SchülerInnen.



## ■ Vorschau

### 1. - 9. Mai: Veranstaltungen zum Europatag 21.-24. Mai, Europahaus Neumarkt

Internationales Minderheitenseminar „Bosnien-Herzegovina - der lange Weg zur friedlichen Konfliktlösung“

### 26. Mai - 10.30 Uhr, VS I Feldbach

Preisverleihung „Kinder malen ihre Heimat“, Malwettbewerb der „Deutschen Vortragsreihe Reschitza/RO“ für Schulen aus Rumänien, Slowenien, Ungarn und Österreich

### 02. Juni - 10.30 Uhr, BSZ Feldbach

Preisverleihung für ca.200 PreisträgerInnen aus den ungarischen Komitaten Baranya, Tolna, Vas, Slowenien und der Steiermark zum „Projekt Europa - Europäischer SchülerInnenwettbewerb 2010“ Innen/Außen: Mittendrin - Kreativ gegen Ausgrenzung

### 23. - 25.06.2010 in Gleisdorf

COOLisse – Kindertheaterfestival Abenteuer Theater - für Kinder ab 7 Jahre

### 09.-16. Juli, Europahaus Neumarkt

Internationale Jugendbegegnung „Treibt die Krise Europas Jugend in die Armut?“ zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“

### 16.-18. Juli, Europahaus Neumarkt

Europa-Forum Neumarkt „Der Beitrag der EU zur Überwindung der Wirtschaftskrise“

### 17. Juli, 18 Uhr, Europahaus Neumarkt

Festveranstaltung im Schlosshof: „Zerfällt Europa? – Bilanz 55 Jahre EFB/BEJ“

Dr. Christoph Leitl, Präsident der WKO

ÖFFENTLICHES MEDIUM

Dieses Medium liest der

»OBSERVER«

ÖSTERREICHS VOLLSTÄNDIGSTER MEDIENBEOBACHTER  
SEIT 1896

Web: [www.observer.at](http://www.observer.at)

Fon: 01 213 22 \*0

bm:uk<bm:uk<bm:uk<



Anfang Mai führen wir in ganz Österreich bereits seit 1966 Festlichkeiten rund um den Europatag durch, da am 9. Mai jedes Jahres der Schuman-Erklärung gedacht wird und der 5. Mai jedes Jahres an die Gründung des Europarates erinnert.

### Steiermark

**6. Mai von 9.00 – 16.00 Uhr:**

#### Graz, Hauptplatz

Info-Stand, Präsentation aus der Arbeit 55 Jahre EFB/BEJ Musikgruppe der Lebenshilfe Feldbach „anBandln“

**7. Mai um 10.30 Uhr:**

#### Bundesschulzentrum Hartberg

Hartberger Europagespräche „Kulturkontinent Europa“ Zeitzeugengespräch mit RR Sepp Strausz Moderation: Prof. Mag. Hans Trsek

**7. Mai von 14.00 – 16.00 Uhr:**

#### Bad Radkersburg, Parktherme

„Wir sind Europa“ Musik und Tanz mit Gästen unserer Nachbarländer, Informationen

**7. Mai um 20.00 Uhr:**

#### Bad Gams, Gamsbad

Musik und Tanzgruppen aus der Slowakei, Kroatien, Ungarn und Bad Gams

**8. Mai von 9.30 – 11.30 Uhr:**

#### Feldbach, Hauptplatz

„Wir sind Europa“ Musik und Tanz mit Gästen unserer Nachbarländer, Informationen und Präsentation aus der Arbeit 55 Jahre EFB/BEJ

**8. Mai um 19.00 Uhr:**

#### Feldbach, Stadtpfarrkirche

Musikalische Umrahmung der Abendmesse mit Gästen aus Ungarn

**9. Mai um 8.30 Uhr:**

#### Pfarrkirche Bad Gams

Musikalische Umrahmung der Muttertagsmesse mit der Folkloregruppe „MAGURANKA“/Slowakei

**9. Mai um 8.30 Uhr:**

#### Hatzendorf, Kirchplatz

Musikalische Umrahmung der Hl. Messe mit Gästen aus Ungarn

**9.30 – 11.30 Uhr: Hatzendorf, Kulturzentrum**

„Wir sind Europa“ Musik und Tanz mit Gästen unserer Nachbarländer, Informationen

#### Teilnehmende Gruppen in der Steiermark:

*Kroatien: Kud „Marof“ Novi Marof - Slowakei: „Folkloregruppe MAGURANKA“ - Ungarn/Baranya: „HAVEN CREW“/Breakdance und „Sound world music“ - Ungarn/Vas: Volkstanzgruppe Sárvár und der Chor „Rábafüzesi Asszonykórus“ - Österreich: „anBandln“, Musikverein Hatzendorf und Volkstanzgruppe Bad Gams*

### Oberösterreich

**Mai 2010** – Termin noch nicht festgelegt

### Linzer

Vortrag mit Diskussion „Wirtschaft und Kriminalität in Europa“

Vortragender:

Landessicherheitsdirektor HR. Dr. Alois Lißl

In Kooperation mit EFBOÖ, EH Linz, ÖDK und LVV Exkursion/Vortrag/Diskussion „Der Ennser Hafen im europäischen Transportwesen“

Vortragende aus der Geschäftsführung des Ennser Hafens

In Kooperation mit EFBOÖ, EH Linz, ÖDK und LVV

### Tirol

**7. Mai von 10.00 – 17.00 Uhr:**

#### Sillpark/Innsbruck

„Europa will Dich“ Informationen und Ausstellung „60 Jahre Europarat“

### Vorarlberg

**17. April:**

**Feldkirch, Kolpinghaus** Vortrag und Diskussion „Mit Bomben und Granaten – bis zum letzten Afghanen? – Warum der Westen in Afghanistan engagiert ist“ mit Prof. Peter Strutynski

### Wien

**9. Mai:**

#### Haus der Europäischen Union

Europamatinee mit BM a.D. Dr. Werner Fasslabend

Eigentümer, Verleger, Herausgeber: Europäische Föderalistische Bewegung/Bund Europäischer Jugend.  
Redakteure: Christine Hofmeister, Sabine Radl, Daniel Gerer, Günter Lindner, Karl Menzinger, Max Wratschgo, Wolfgang Wratschgo. Sitz des Verlages: 8330 Feldbach, Jahnweg 5, Tel. 03152/2497, Fax-14, e-mail: office@europajugend.at. Druck: Scharmer GmbH, A-8330 Feldbach, Europastraße 42, www.scharmer.at

Zulassungsnummer: GZ 02Z033230 M

Erscheinungsort 8330 Feldbach, Verlagspostamt 8330 Feldbach, P. b. b.

MEIN LIEBLINGSMIX

MENSCHEN

ORTE

KULTUREN



9. MAI - EUROPATAG